

GESInland

Die Stipendien-Initiative kommt den Erzföderalisten gelegen

Der Verband der Studierenden will in allen Kantonen für existenzsichernde Stipendien sorgen. Doch die geplante Initiative könnte sich als kontraproduktiv erweisen.

Von Markus Brotschi, Bern

Endlich mit dem kantonal unterschiedlichen und ungerechten Stipendienwesen aufräumen - dieses Ziel verfolgt der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS). Die Delegiertenversammlung des VSS hat einstimmig die Lancierung einer Volksinitiative beschlossen, wie die Westschweizer Zeitung «24 heures» gestern berichtete. Ziel sind existenzsichernde Stipendien in allen Kantonen. Der Verfassungstext überträgt die Zuständigkeit für Ausbildungsbeiträge dem Bund. Dieser soll die Kantone zwingen, die Stipendien für die Tertiärstufe zu harmonisieren. Profitieren würden alle, die eine Erstausbildung an einer Hochschule oder einer Fachhochschule absolvieren. Ebenfalls zur Tertiärstufe gehören höhere Fach- und Berufsausbildungen.

Die kantonalen Bildungsdirektoren haben vor einem Jahr auch beschlossen, die Stipendien anzugleichen. Kantone, die dem Stipendien-Konkordat beitreten, müssen sich an Mindeststandards halten. Vereinheitlicht werden etwa die Kriterien, die zum Stipendienbezug berechtigen. Zudem werden Minimalbeträge festgelegt: Hochschulstudenten, die Anrecht auf die volle (maximale) Unterstützung haben, erhalten mindestens 16 000 Franken pro Jahr.

Zürich und Bern restriktiv

Solche Minimalbeträge sind jedoch nur ein Kriterium für die Qualität des Stipendiensystems. Entscheidend ist auch der Anteil der Studierenden, die Unterstützung erhalten. Auch hier sind die kantonalen Unterschiede enorm. So zahlt der Kanton Zürich zwar mit durchschnittlich 7300 Franken pro Jahr und Bezüger die höchsten Stipendien in der Schweiz. Allerdings ist Zürich sehr restriktiv beim Kreis der Bezüger. Nur gerade 5 Prozent der Auszubildenden werden unterstützt. Pro Einwohner wirft Zürich bloss 25 Franken an Stipendien auf (Grafik), ähnlich streng ist der Kanton Bern. An der Spitze steht Jura mit 87 Franken pro Einwohner, am Schluss Schaffhausen mit 17 Franken.

Laut Charles Stirnimann, Präsident der interkantonalen Stipendienkonferenz, bezweckt das Konkordat nicht nur höhere Stipendien, sondern auch eine gerechtere Verteilung. Erst Förderquoten zwischen 15 und 20 Prozent ermöglichen allen Schichten den Zugang zur nachobligatorischen Bildung.

Kantone wie Zürich oder Bern mit einer Quote weit unter 10 Prozent beschränken die Unterstützung auf die einkommensschwächste Schicht, so Stirnimann. Der untere Mittelstand gehe leer aus. Besser machten es Westschweizer Kantone sowie Basel-Stadt und Graubünden. Diese zwei Kantone sind bisher als einzige dem Konkordat beigetreten. Dieses wird verbindlich, wenn 10 Kantone ihren Beitritt beschlossen haben. Die Richtlinien sind nur für Mitgliedskantone verbindlich. Stirnimann rechnet damit, dass 10 Kantone bis 2011 beitreten und das Konkordat auf 2012 in Kraft tritt.

Dritter Anlauf der Studierenden

Auch wenn das Konkordat auf Freiwilligkeit setzt, ist dies für Stirnimann der bessere Weg als die Initiative. «So weit waren wir in der Schweiz noch nie.» Je mehr Kantone mitmachen, desto grösser werde der Druck auf die Abseitsstehenden. Auch wenn Stirnimann das Grundanliegen des VSS teilt, hält er die Initiative für kontraproduktiv. Kantone, die sich gegen die Harmonisierung sträubten, könnten nun auf die Initiative verweisen. «Für die Erzföderalisten ist sie ein gefundenes Fressen.» Solange die Initiative hängig sei, könnten sie abwarten.

Bereits zweimal haben die Studentenverbände eine Volksinitiative zur Stipendienharmonisierung lanciert. Einmal wurde sie zurückgezogen, einmal scheiterte das Begehren bei der Unterschriftensammlung. VSS-Generalsekretärin Rahel Imobersteg ist zuversichtlich, dass es beim dritten Mal klappt. «Der Initiativtext ist konsensorientiert, und deshalb werden wir gewinnen.» Im Sommer beginnt der VSS mit der Unterschriftensammlung.